



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 19. August bis 25. August)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(vom 19. August bis 25. August)

Fleisch- und Jesuitennot

Wir stehen wieder einmal im Zeichen der Lebensmittelteuerung. Vor einem und vor zwei Jahren hieß es noch „Fleischnotrummel“, „Fleisch- und Brotwucher der Agrarier“ usw. — heute lesen wir im Vorwärts schon vom „Fleischwucher der Agrarier und Großschlächter“. Übers Jahr wird man vielleicht vom „Fleischwucher der Agrarier, Groß- und Kleinschlächter und Budiker“ usw. lesen. Aber erst, wenn alle am Fleischhandel beteiligten Kreise für die ungeheuere Steigerung der Preise verantwortlich gemacht sein werden, dann darf man hoffen, der Mehrheit nähergekommen zu sein. Denn sie alle: Vieh- und Schweinezüchter, Zwischenhändler, Schlächter und Detaillisten haben ihr Teil daran. Sie haben das getan und werden fortfahren das zu tun, was der Kaufmann die Ausnutzung der Konjunktur nennt. Sie haben die Preise gesteigert, als die Nachfrage größer wurde — natürlich ohne Rücksicht auf die Geldbeutel der Verbraucher — und die Frage ist nur die, ob die Höhe der Steigerung der Spannung zwischen Bedarf und Produktion entspricht oder ob tatsächlich eine Bewucherung der Bevölkerung durch den Fleischhandel stattfindet.

Daß der Bedarf gestiegen ist, daran zweifelt niemand. Die Industrie hat die Zahl ihrer Arbeiter vermehrt; außer der Million Fremder, die in Deutschland fast das ganze Jahr hindurch tätig sind, strömen alljährlich mehrere Millionen Ausländer herein, die als Touristen, Geschäftsleute oder auch nur Durchreisende den Verbrauch vergrößern; eine große Rolle spielen die Feste, Jubiläen, Erinnerungsfeiern, die aus tausend nichtigen und wenigen ernstern Gründen in allen Gauen der deutschen Heimat gefeiert werden. Da wird „für billiges Geld“ verbraucht, vernichtet, vertan, weil es „en gros“ geliefert werden kann, während der einzelne Verbraucher, die Familie der kulturell wichtigsten Bevölkerungskreise, der Beamten, Lehrer, Offiziere und selbstverständlich auch der Arbeiter sich den teureren Fleischgenuß vielfach versagen müssen.

Man zahlte in Berlin für ein Pfund in Pfennigen:

Jahr	Rind-	Kalb-	Lammel-	Schweine-	Speck	Schinken	Schweine-
				fleisch	geräuchert		schmalz
1901	64	78	61	63	75	108	64
1912	110	110	105	83	90	160	90
Erhöhung	46	32	44	20	15	52	26

Man vergegenwärtige sich, was eine Familie von sechs Köpfen einschließlich Bedienung wöchentlich im Durchschnitt mindestens an Fleisch verbraucht, so wird man die Mehrbelastung des Budgets leicht ermessen können. Mit der Steigerung der Löhne und Beamtengehälter steht sie aber nicht im Einklang, da diese fast ganz durch die Erhöhung der Mieten aufgebraucht wird.

Wer einigermaßen Verständnis dafür hat, zu beurteilen, welche Verbitterung und Unlust, welchen Pessimismus gerade Nahrungsvorgen in der Familie erzeugen,

der wird auch die politischen Gefahren ermessen, die für ein Land in der Ver-
 hegung eines Teils der Bevölkerung gegen andere Teile wegen der Lebens-
 mittelpreise liegt, der wird aber auch erkennen, was seitens der einzigen vor-
 handenen autoritativen Stelle, seitens der Staatsregierung getan werden mußte,
 um dem Übel zu steuern. Was hat die Regierung getan, seit sie vor
 einem Jahre und dann wieder im Januar dieses Jahres die aufgeregte öffent-
 liche Meinung zu beruhigen suchte? Wenn man die zahlreichen Statistiken sieht,
 die amtlich und halbamtlich veröffentlicht wurden, so könnte man sagen: viel!
 Sieht man sich aber die Zahlen näher an, so muß man sagen: nichts! Die
 amtlichen Statistiken bestätigen lediglich, was wir alle Tage am eigenen Leibe
 erfahren: die Preise steigen. Wenn wir aber daraus folgern, es ist nicht genug
 Fleisch da, so wird uns gesagt: Doch, die Landwirtschaft produziert genug.
 Also muß doch der Zwischenhandel daran Schuld sein? Doch wir kommen auf
 den Wochenmarkt und hören schon zwei Stunden nach seinem Beginn, daß
 bestimmte Fleischsorten nicht mehr zu haben sind, daß also wir und noch hundert
 Familien unseres Stadtteils heute auf gewisses Fleisch verzichten oder die noch um
 zehn vom Hundert höheren Preise beim Fleischer an der nächsten Ecke zahlen müssen.

Diese Widersprüche hat die Regierung bisher nicht aufgeklärt, obwohl sie
 es gekonnt hätte. Für einen so exakt arbeitenden Apparat, wie z. B. die
 preussische Verwaltung es ist, kann es nur eine Kleinigkeit sein, festzustellen,
 wohin, in welche Taschen der ungeheuere Aufschlag als Verdienst fließt, den
 zwei Drittel der Bevölkerung bezahlen muß. Der mißtrauische Bürger sagt:
 entweder ist die Verwaltung doch nicht so, wie wir noch geneigt sind, zu glauben
 oder die bösen Landräte stecken mit den Agrariern unter einer Decke; der
 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aber macht den nach kapitalistischen Gesichts-
 punkten geleiteten Staat verantwortlich, und, da er hungern muß, erklärt er
 den Staat für sich als überflüssig und wertlos. Wie lange kann es noch dauern,
 daß die Ansichten über Lebensmittelnot beim Mittelstande und bei der Arbeiter-
 schaft auseinandergehen? Wenn die Regierung sich nicht bald entschließt, die
 wirklichen Gründe für die hohen Preise und gleichzeitig wirksame Abhilfe-
 maßregeln anzugeben, werden sich die Grenzen zwischen Mittelstand und Arbeiter-
 schaft zugunsten der radikalen Parteien noch mehr verwischen wie es heute schon
 der Fall ist. Eine die Mehrheit schädigende Nahrungsmittelpolitik schafft eine
 natürliche Interessengemeinschaft aller derer, die an den Geschäften der Minderheit
 nicht teilnehmen können.

* * *

Ein freimütiges und energisches Auftreten der Regierung in der Lebens-
 mittelfrage erscheint uns um so mehr geboten, als sie allen Anlaß hat, sich
 einiges Kapital Vertrauen im Lande anzuhäufen. Neben der Teuerung pocht
 ein anderes Gespenst an die Pforten des Reichs und begehrt Einlaß: die
 Jesuiten. Das Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn von

Hertling in der Jesuitenfrage hat die Reichsregierung vor eins der schwierigsten Probleme gestellt, die es für Deutschland überhaupt gibt, um so schwieriger im gegenwärtigen Augenblick.

Die Aufrollung der Jesuitenfrage bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen Vorstoß des Ultramontanismus gegen das deutsche Kaisertum. Der Augenblick ist dabei äußerst geschickt gewählt: das deutsche Volk ist nicht nur in Katholiken und Protestanten gespalten, auch durch die Mitglieder der evangelischen Kirchen geht ein tiefer Riß; die staatliche Autorität, viel zu eng verbunden mit den Wirtschaftsinteressen der Bevölkerung, ist unleugbar im Schwinden begriffen; der nationale Gedanke hat, soweit sich mit ihm nicht imperialistische Tendenzen in der Weltwirtschaft verbinden, für den inneren Ausbau des Reichs an Zugkraft verloren; die imposante Organisation der sozialdemokratischen Partei zieht die gebildete Jugend, die vor der Ausartung des wirtschaftlichen Kampfes noch instinktiv einen Abscheu empfindet, mächtig an; die Armee wird nicht von allen uneingeschränkt als Pflanzstätte vaterländischer Tugenden bewertet, nachdem ein vierzig Jahre währender Friede gerade in ihr tausende von Unzufriedenen gezüchtet hat; Großgrundbesitz und Industrie prophezeihen der Monarchie schlimme Tage, wenn sie sich nicht entschließen sollte, mit Ausnahmegeetzen den aufwärtstreibenden Kräften der Demokratie entgegenzutreten. — Doch auch bei den Ultramontanen sieht es nicht viel besser aus: sie haben eigentlich nur noch beim deutschen und beim polnischen Volke einigen Einfluß, und der ist bei den deutschen Katholiken auch schon im Schwinden. Der glänzende Verlauf des letzten Katholikentages braucht uns nicht zu beunruhigen; es war eine geschickt vorbereitete und einstudierte Parade der Kömlinge, keine Rundgebung der Katholiken Deutschlands.

Welch besseres Mittel gibt es aber als die deutschen Katholiken unter dem Schlagworte ihrer Bedrückung durch den protestantischen Staat wieder zusammen zu führen, sie unter Führung des Ultramontanismus zu einigen und dann mit Hilfe der evangelischen Autoritätsparteien den Staat, die Monarchie gegen den Umsturz zu, verteidigen, die Umsturzgedanken selbst aber durch die Jesuiten ausrotten zu lassen! Hilfe gegen den Umsturz, das ist der Köder, um unsern Regierenden den Jesuitenbraten schmackhaft zu machen; wird er aber dennoch abgelehnt, so ist mit der Jesuitenagitation wieder soviel Mißtrauen in den katholischen Volksteil Deutschlands gesät, daß man sich im Hinblick auf die Zukunft auch damit bescheiden kann. Diesen Zielen dient der bayerische Jesuitenerlaß, diente die Resolution auf dem letzten Katholikentage zu Aachen, dient die Eingabe der bayerischen Bischöfe an den Bundesrat wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Unserer Regierung liegt nun die schwierige Aufgabe ob, auf der einen Seite die Aufhebung des Jesuitengesetzes oder auch nur seine Milderung zu verhindern und auf der andern Seite den Schein, als sollten die deutschen Katholiken gekränkt werden, zu vermeiden. Es ist selbstverständlich, daß hier

von einer Kränkung der Katholiken nicht die Rede sein kann. Die Jesuitenfrage ist eine rein politische, die mit dem katholischen Glauben nichts zu tun hat und sich daher nicht gegen die deutschen Katholiken richten kann. Die Reichsregierung nimmt ihr gegenüber nur dieselbe Haltung ein, wie es die verschiedenen Päpste getan haben. Hält sie die Jesuiten für schädlich, so wird sie den Standpunkt des Papstes Clemens des Vierzehnten akzeptieren, hält sie sie im Augenblick für nützlich, so wird sie sich der Auffassung des Papstes Pius des Siebenten anschließen. Papst Clemens der Vierzehnte hat die Jesuiten als Schädlinge gekennzeichnet; sein Erlass, der den Jesuitenorden auflöste ist in Nr. 16 der Grenzboten durch Herrn Professor Dr. Brosch-Freiburg veröffentlicht. Wir halten die Jesuiten für die größte Gefahr, mit der Deutschland bedroht werden könnte. Ihre Rückkehr wäre für Millionen Deutsche das Signal zum Übergang zum Radikalismus, nicht aus Lust am Protestieren, sondern im Bewußtsein der Gefahr, die deutschem Wesen und deutscher Kultur von jener Seite droht.

G. Cl.

Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pölsnitz 6719, des Verlags: Amt Bügnow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Doffauer Straße 86/87.

Pädagogium

Zwischen Wasser u. Wald äusserst gesund gelegen. —
 Bereitet für alle Schulklassen, das Einjährigen-,
 Primaner-, Abiturienten-Examen vor. Auch Damen-
 Vorbereitung. — Kleine Klassen. Gründlicher, indi-
 vidueller, eklektischer Unterricht. Darum schnelles
 Erreichen des Zieles. — Strenge Aufsicht. — Gute
 Pension. — Körperpflege unter ärztlicher Leitung.

Waren in Mecklb.
 am Müritzsee.